

Calmer Wochenblatt

Nr. 172.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufspreis: In der Stadt mit Zehrlohn 12.00 vierteljährlich. Wohnortpreis 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

Mittwoch, 27. Juli 1921.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zehrlohn 12.00 vierteljährlich. Wohnortpreis 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

Die oberösterreichische Frage.

Zusammentritt des Obersten Rats am 4. August.

London, 26. Juli. Reuters meldet amtlich: Der Oberste Rat wird am 4. August in Paris zusammentreten. Lord Curzon und Balfour werden auf der Konferenz England vertreten. Lloyd George wird wahrscheinlich nicht zugegen sein. — Daß Lloyd George an den Verhandlungen nicht teilnimmt, darf man wohl als Zeichen dafür ansehen, daß seine Ansicht über die oberösterreichische Frage im englischen Kabinet im Interesse der Erhaltung der französischen Freundschaft nicht mehr voll aufrechterhalten wird. Die Schrift.

London, 27. Juli. Reuters erfährt zu der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rats, daß Lloyd George wegen der Fälle der zu bewältigenden Arbeiten nicht in der Lage sein werde, London zu verlassen. Die Zusammenkunft des Obersten Rats wird, wie man glaubt, nur von kurzer Dauer sein, da lediglich die oberösterreichische Frage auf der Tagesordnung steht. Die englischen Sachverständigen sind bereits nach Paris abgereist.

London, 27. Juli. „Bestminster Gazette“ befürchtet, daß der Oberste Rat sich auf seiner nächsten Sitzung nicht wird einigen können, und drückt die Ansicht aus, es komme vor allem auf eine schnelle Entscheidung an, wie diese auch ausfallen möge.

London, 27. Juli. Im Unterhaus sagte Chamberlain in Erwiderung auf eine Anfrage, er könne nicht sagen, ob auch die Frage der Leipziger Prozesse in der nächsten Sitzung des Obersten Rats zur Sprache kommen werde. Er erklärte ferner, das Parlament werde wahrscheinlich zwischen dem 19. und dem 26. August in die Ferien gehen. Wenn, wie er hoffe, eine alle Beteiligten befriedigende Regelung der Leipziger Prozesse erreicht werde, so werde das Parlament nach Ansicht der Regierung im November oder Anfangs Dezember wieder zusammentreten können, um vor Weihnachten noch die nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen durchzuführen.

Paris, 26. Juli. Havas teilt mit: Entsprechend dem jetzt von Frankreich, England und Italien ausgenommenen Verfahren wird die Sachverständigenkommission, die die oberösterreichische Frage vor dem Zusammentritt des Obersten Rats prüfen soll, am kommenden Donnerstag in Paris zusammentreten.

Grundrissliches Einverständnis zwischen England und Frankreich.

London, 26. Juli. Wie Reuters erfährt, haben die britische und die französische Regierung nunmehr ein Einverständnis über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erreicht, die mit Oberösterreich in Zusammenhang stehen. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen. Um den Wünschen Briands entgegenzukommen, hat sie dem zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rats in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen Sir Cecil Hurst, Rechtsbeirat des Auswärtigen Amtes, Tuston, Vizepräsident des Mitteleuropäischen Departements, und Waterloo, Mitglied dieses Departements, sind heute abend nach Paris abgereist. Eine Reise der Benannten nach Oberösterreich wird nicht in Erwägung gezogen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre entstanden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberösterreichische Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet und daß weitere Missverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden. — Wie zu erwarten war, haben sich die Alliierten also schon wieder geeinigt, und zwar natürlich auf Kosten Deutschlands.

Paris, 26. Juli. Nach dem „Petit Parisien“ ist der englisch-italienische Vorschlag, wonach ein Teil des oberösterreichischen Gebiets Deutschland, ein anderer Polen übertragen werden soll, endgültig fallen gelassen worden, weil er nur dazu angetan sei, die Leidenschaft zu steigern. Die britische Regierung erklärte, daß Sir Harald Stuart zur mündlichen Berichterstattung nach London gebeten worden sei und sie schlage der französischen Regierung vor, General Perond zum Zwecke der Berichterstattung nach Paris kommen zu lassen.

Paris, 26. Juli. Wie die Morgenblätter bestätigen, ist nunmehr zwischen der englischen und der französischen Regierung in Bezug auf die oberösterreichische Frage in 2 Punkten eine Einigung erzielt worden. Der Oberste Rat tritt bestimmt am 4. August zusammen. Die englische und die italienische Regierung haben auch den Sachverständigen-Ausschuß, den der Dual v'Orsay vorgeschlagen hatte, angenommen; aber seine Aufgabe ist, nach dem „Echo de Paris“, nicht mehr die, die ihm anfangs gestellt werden sollte, sondern es handelt sich jetzt um vorbereitende Arbeiten, die der Ausschluß leisten soll. Dieser Ausschluß soll am 28. Juli seine Arbeiten beginnen. Die englische Regierung hat bereits ihre Delegierten für den Ausschluß bestimmt.

Die Grundlage der angeblichen Verständigung.

Paris, 26. Juli. Nachdem Briand in der Hauptsache nachgegeben und auf die weitere Verzögerung der Entscheidung in der oberösterreichischen Frage verzichtet hat, nachdem er soweit entgegengekommen war, den Beginn der Konferenz auf den 4. August anzusetzen unter der Bedingung, daß vor dieser Konferenz, und zwar sofort, die Sachverständigen zusammentreten, und daß sofort Truppenverstärkungen nach Oberösterreich geschickt werden, hat man hier, wie der „Südd. Ztg.“ geschrieben wird, allseits erwartet, daß auch die englische Regierung entgegenkommen zeigen werde. Gestern abend hat der französische Botschafter in London die erwähnten entgegenkommenden Vorschläge Briands dem englischen Außenminister überreicht. Lord Curzon hat sich mit dem Datum des 4. August und mit der sofortigen Einberufung der Sachverständigenkonferenz einverstanden erklärt, nicht aber mit der Entsendung der Truppenverstärkungen. Es scheint, daß die englische Regierung vorläufig den mündlichen ausführlichen Bericht ihres Vertreters Sir Harald Stuart abwarten will. Dieser weilt gegenwärtig bereits in London. Zuerst hat Lord Curzon gestern abend den französischen Botschafter ganz offen und unzweideutig zu verstehen gegeben, daß man von der deutschen Reichsregierung nicht verlangen könne, die für den Transport einer französischen Division durch Deutschland nötigen Maßnahmen zu treffen. Die englische Regierung stützt sich dabei auf den Wortlaut des Versailler Vertrages, wonach das Verlangen bezüglich dieses Truppentransportes von drei Mächten gestellt werden muß und zwar auf Grund einer entsprechenden Forderung der Interalliierten Kommission in Opatowitz. Grundrisslich widerspricht sich die englische Regierung der Entsendung neuer Truppen nicht, aber die englische Regierung möchte, daß man diese Truppenentsendung aufschiebt, bis der Oberste Rat entschieden hat, ob diese Truppenverstärkung notwendig sei. Ueber diese Abfuhr die London der zweiten Bedingung Briands erteilt, ist man hier schwer verzögert.

Derselbe Berichtsteller ist auch in der Lage mitzuteilen, daß Lord Curzon von einer französischen Division in Oberösterreich eine Entschärfung des mit so großen Schwierigkeiten hergestellten Gleichgewichts und eine Stärkung der höheren Ordnung befürchte. Eine neue französische Division würde von der deutschen Bevölkerung als eine gegen Deutschland gerichtete Maßnahme aufgefaßt werden und man würde sich in Oberösterreich deutschseits einer für Deutschland und für die deutsche Wirtschaft ungünstigen Entscheidung von vornherein ausgesetzt sehen. Es kann also nicht mehr daran gezweifelt werden, daß die englische Regierung sich kategorisch weigert, Frankreich zu gestatten, auf eigene Faust neue Truppen nach Oberösterreich zu schicken. Eine Wiederholung des Frankfurter Abenteuers könnte also Frankreich doch hoch zu stehen kommen. Es ist aber in letzter Linie doch möglich, daß ein Kompromiß zwischen Briand und Lloyd George zustande kommt auch in dieser heißen Frage der Truppenverstärkungen, und zwar auf folgender Grundlage: England würde als letztes Entgegenkommen diese Truppenverstärkungen mit ausschließlich französischen Truppen zulassen, Frankreich also freie Hand lassen, wenn die Entscheidung des Obersten Rates über die neue deutsch-polnische Grenze von Deutschland nicht respektiert werden sollte. Vorherhand hat es aber die englische Regierung sich nicht entgehen lassen, gestern abend noch amtlich zu demütigen, daß nach Pariser Meldungen die englische Regierung mit der Truppenverstärkung unter gewissen Vorbehalten einverstanden sei.

Ein Amerikaner über die Krisis.

London, 26. Juli. Die „Philadelphia Public Ledger“ veröffentlicht einen Aufsatz des gegenwärtig in London weilenden Obersten House, worin es heißt: „Ein Erfolg der Deutschen in der oberösterreichischen Frage wird wahrscheinlich den Sturz der Regierung Briands und ein Erfolg der Polen den Sturz des Kabinetts Birch verursachen, und möglicherweise müssen beide Regierungen am Rande bleiben, wenn Mitteleuropa die Chance haben soll, einige Stabilität zu erlangen. Briand würde bei seinem Weggang wahrscheinlich durch den Vertreter einer noch aggressiveren Politik ersetzt werden. Dann eröffnet sich die Aussicht auf eine Besetzung des Ruhrgebietes usw. Eine solche Politik würde von Deutschland mit dem Entschluß aufgenommen werden, nichts weiter für die Lösung des Reparationsproblems zu tun. Die Folge wäre für Deutschland größte soziale, industrielle und finanzielle Unordnung und für Frankreich und England eine Verschärfung der zwischen beiden Ländern bestehenden Disferenz.“ House führt weiter aus, Großbritannien werde die Verbindung mit Frankreich nur zerschneiden, wenn letzteres eine extreme Haltung einnehme. Frankreich könne im Augenblick mit Hilfe seines Heeres den Kontinent beherrschen. Dies würde aber Frankreich isolieren, und die moderne Zeit gestattet keiner Nation, eine solche Haltung einzunehmen. Großbritannien habe ebenso wie Deutschland eine Bevölkerung, die nur bei voller Tätigkeit der Industrie und des Handels Unterhalt finden könne. Großbritannien leide infolgedessen

weit mehr als Frankreich unter den widerwärtigen, unsicheren Zuständen. — Der Oberste House ist bekanntlich der Vertraute Briands, der in Europa vor dem Eingreifen Amerikas die Stimmung sondiert hat, und nach dem Waffenstillstand ebenfalls wieder politische Informationen in Europa für seine Regierung gesammelt hat.

Polnischer Druck auf den Vatikan.

Brüssel, 26. Juli. Wie die „Östdeutsche Morgenpost“ aus Kattowitz meldet, hat der Papst die Gesuche von polnischen Geistlichen in Oberösterreich, den besondern Schutz über den polnischen Klerus in Oberösterreich zu übernehmen und anstelle des Kardinals Dr. Bertram einen anderen Kardinal zu ernennen, abgelehnt. Die polnische Regierung hat beschlossen, vom Vatikan die Abberufung des jetzigen Nuntius Ogno zu fordern.

Die Fortdauer der polnischen Gewalttaten.

Opatowitz, 26. Juli. Die Lage im Kreise Rybnik hat sich verschärft. Hauptächlich in der Stadt selbst, jedoch auch auf dem Lande verlästern sich die Insurgenten — und zwar durch Bezug aus Kongregationen — aufallend schnell. Der polnische Kreisbeirat in Rybnik hält nach wie vor die Gewalt in den Händen und schickt sogar Fragebogen an die einzelnen Ortsvorstände, welche die Anzahl der Bewohner, die Menge des Getreides, die Anzahl des Viehs und Ueberflut über die Größe der einzelnen Ortsbezirke betreffen. Die Emma-Grube hielt vor einigen Tagen eine Belegschafts-Versammlung ab, in der von den Polen beschlossen wurde, sämtliche deutschen Beamten rauszuwerfen. Die Donnersmarkt-Grube wird von bewaffneten Insurgenten besetzt gehalten. In Rybnik ist neuerdings auch der bekannte Polenführer Kosanski wieder aufgetaucht. Er war bis zum Beginn des letzten Aufstands polnischer Plebiszitkommissar in Rybnik. Alle Häupter der polnischen Kampforganisation laufen neuerdings nach Reudel, nämlich Lamowik, an der polnischen Grenze. In Reudel haben jetzt rund 80 deutsche Familien die Stadt verlassen. In Rybnik ist die Zahl noch höher. Nach Opatowitz wird auf Befehl des italienischen Obersten in Ratibor eine Kompanie Italiener geleitet werden. In Reudel ist ein Zug französischer Husaren eingetroffen.

Opatowitz, 26. Juli. In Kostelitz fand gestern abend in der ersten Stunde ein neuer Insurgentenangriff statt. 50 bis 60 Mann griffen das Kommando der Apo an. Zwei Stunden später stakten die Insurgenten die Papyromühle in Brand. Aus der Richtung Wilmshelmshöhe wurde sehr stark geschossen. Es wurde festgestellt, daß dort eine starke Schützenlinie von polnischen bewaffneten Insurgenten, von regulären Truppen unterstützt, vor der Mühle lag. Die Papyromühle ist vollständig abgebrannt.

Berlin, 26. Juli. Zu dem Ueberfall polnischer Insurgenten auf die Bahnstrecke bei Opatowitz wird festgestellt, daß ein wohl vorbereiteter Angriff der Polen aus Cosel und Birawa geplant war. Den Angreifern wurden 2 schwere Maschinengewehre, 90 Gewehre und große Mengen Munition abgenommen.

Berlin, 26. Juli. An zuständiger Stelle liegen Nachrichten über den Ausbruch eines Generalstreiks im Kreise Rybnik nicht vor. Auch von größeren Teilstreiks ist nichts bekannt. Jedoch sind die Verhältnisse im Kreise Rybnik katastrophal. Die Leitung der Bergwerke liegt in den Händen der Betriebs- oder Vollzugsräte. Diese stehen auf dem Standpunkt, daß die deutschen Gesetze durch den Aufstand abgeschafft worden sind. Sie geben daher Bestimmungen heraus und mahnen sich das Recht an, selbständig Arbeiter anzustellen und zu entlassen. Eine geordnete Betriebsführung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Schweres Explosionsunglück.

Opatowitz, 26. Juli. In der Sprengstoffabrik Kriewald im Kreise Rybnik ereignete sich heute morgen ein folgenschweres Explosionsunglück beim Ausladen von Explosivstoffen. Nach einer bisher vorliegenden Meldung ist eine größere Anzahl von Arbeitern getötet und eine weitere Anzahl schwer verwundet worden.

Gleiwitz, 26. Juli. Die Explosion in der Sprengstoffabrik Kriewald stellt sich als schwerer heraus, als die ersten Nachrichten vermuten ließen. Die ganze Sprengstoffabrik Lignose ist in die Luft geflogen. Elf Arbeiter wurden sofort getötet; drei weitere starben auf dem Transport in das Krankenhaus. Fünf Arbeiter sollen noch unter den Trümmern liegen. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten wird auf über 20 geschätzt. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die Entstehungsurache der Explosion ist bisher unbekannt. Der Betrieb wird auf längere Zeit stillgelegt werden müssen. In der Fabrik waren etwa 550 Mann beschäftigt.

Zur auswärtigen Lage.

Der türkisch-griechische Krieg.

Athen, 25. Juli. Dem Bericht des Pressebüros ist zu entnehmen: Die Griechen setzten die Verfolgung der Türken während des ganzen 23. Juli fort bis 45 Kilometer südlich von Smid-Eski-Schir. König Konstantin ist in Kutahia angekommen. Die griechischen Truppen ziehen jenseits Eski-Schir und Kutahia mit ge-

Unterstützung mehr erwar
Schulen werden einlässig
ehen ist. Und wofür soll
n und Konfessionen fest
ig, wenn er keine Beh
; außer er treibt Gesin
die sich für die Einheit
and Religionsfragen aus
esnatur, die doch auch ein
endet, werden nun oft von
Kinder in die Volksschul
macht. Sie wird als reli
viele (z. B. in Klassen
in der Simultanschule im
is weiter erstellen wollen
ehrer mutig weiter davon
Parteien und Weltanschau
Verantwortung für die
Schmidt, Emburg.
to Sellmann, Calw
hen Buchdruckerei, Calw.
(Besitzer Karl Raft) Je
the Dengler ging durch
über. Die Uebernahme
r Abschluß erfolgte durch
Christian Hertel.
25. Juli 1921.
Witwe
88 Jahren sanft
erbliebenen.
den 26. Juli 1921.
ung.
weisse heraldischer Flebe
während der Krankh
meines lieben uners
eres lieben Vaters,
ehoptaters
müller
rostreichen Worte des
berechtigt. Vereinen, für
des Kirchengesangs, so
nd Fern, die ihn zu
eilet haben, sprechen
eren herzli. Dank aus
n Hinterbliebenen:
Furthmüller.
ingen ins Ausland.
en
a. d. Murr,
m. Dampftrieb.
werden.

schlechten Verbindungsstellen. Von der Südfreit wird gemeldet, daß die Griechen Afium-Karabissar in der Richtung auf die Eisenbahnlinie nach Konia fest in der Hand halten.

Paris, 25. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Ismid legen die Türken ihren siegreichen Angriff auf Bleidil, Feni-Schehr und Inbissar fort. Die türkischen Truppen sollen Afium-Karabissar und Zulu-Omar bereits besetzt haben. — Nach einer weiteren Havasmeldung aus Konstantinopel meldet der Korrespondent des türkischen Blattes „Welt“ die Einnahme von Utschal durch die Türken. Ferner soll, dem offiziellen Communiqué aus Angora zufolge, Fethi-Hamdi von den Türken genommen sein, die auf Ine-Gel vordrängten.

Aus den in dieser Meldung genannten Ortsnamen ergibt sich, daß die Türken von Norden und Süden gegen die Fronten der bei Nikitia und Geli-Schehr durch das Zentrum der türkischen Front durchgebrochenen Griechen vorgestoßen sind. Wenn die Bewegungen energisch weitergeführt werden, kann die Lage für die Griechen sehr gefährlich werden. Uebrigens behaupten letztere, daß sie siegreich sind. Man wird also abwarten müssen, ehe man sich ein endgültiges Urteil bilden kann.

Der letzte griechische Frontbericht.

Athen, 26. Juli. Wie dem amtlichen Marinebericht zu entnehmen ist, haben griechische Patrouillenboote einen Dampfer der Kemalisten, der mit Soldaten beladen war, angehalten. Dabei wurden große Mengen russischen Goldes und türkischen Gold- und Papiergegeldes erbeutet. — Nach dem Heeresbericht vom 23. Juli werden die ungeheuren Verluste des Feldes während der Kämpfe der letzten zehn Tage bis zur Schlacht östlich von Esti-Schehr bestätigt. Der Feind verlor mehr als drei Viertel seines Geschützmaterials und seiner Mannschaften. Die meisten seiner Divisionen verloren mehr als die Hälfte ihres Bestandes. Nach Besetzung und Befestigung der Linie Afis-Karabissar-Kutahia-Esti-Schehr-Biletschik haben die griechischen Truppen des Nord- und Südschnitts sich vereinigt und bilden eine einzige Front. Die Front des Feindes dagegen ist gebrochen; seine Truppen in Angora sind von denen in Konia bedrängt.

Annäherung

zwischen Österreich und der Tschechoslowakei?

Wien, 27. Juli. In hiesigen politischen Kreisen sieht man, wie das „Kultur-Abendblatt“ erzählt, der Zusammenkunft des Präsidenten Gaus mit dem Präsidenten Masarik am 8. August mit großem Interesse entgegen, da man darin ein Zeichen für eine weitere Annäherung zwischen der Tschechoslowakei und Österreich erblickt. Wenn auch die Zusammenkunft einen rein privaten freundschaftlichen Charakter tragen wird, so ist es doch selbstverständlich, daß wichtige politische Fragen zur Besprechung gelangen werden. Auch das gemeinsame Verhältnis zu Ungarn wird besprochen werden.

Ein Kommentar zur „Abrüstungs“-Konferenz.

London, 26. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten am 1. Juli 16 Großkampfschiffe im aktiven Dienst hatten. Voraussetzlich werde in diesem Finanzjahr bis zum 1. Juli 1922 die amerikanische Flotte, genau wie die japanische, 18 Großkampfschiffe im aktiven Dienst haben. Die entsprechenden Zahlen für das britische Reich seien 13 Schlachtschiffe und 3 Schlachtkreuzer.

Japan erhebt keine Einfuhrzölle auf deutsche Waren.

Tokio, 26. Juli. Die japanische Regierung hat die Absicht, eine zwanzigprozentige Abgabe von den in Japan eingeführten deutschen Waren zu erheben, e...

Verbot des Turnens im östlichen Gebiet.

Eudwigshafen, 26. Juli. Die Befehlsgewalt geben in letzter Zeit sehr scharf gegen die Vereine in der Pfalz vor. Besonders die Turnvereine haben unter dieser Ueberwachung schwer zu leiden, da die Franzosen in jeder Art von Leibesübung eine militärische Vorbereitung erblicken und deshalb unter dem ebenso lächerlichen wie gänzlich unbegründeten Vorwand, die Turnvereine seien verkappte Orgeleis-Organisationen, ihnen alle möglichen Schwierigkeiten bereiten, um die Ausübung des Turnens zu erschweren. So sollten kürzlich in Ludwigshafen Turnvereine die Hanteln und Stemmgewichte beschlagnahmt werden mit der Begründung, daß diese Geräte für die Befehlstruppen gebraucht würden. Das Ganturnfest des bayerischen Gaus, das in Idorim bei Landau abgehalten werden sollte, wurde von der Interalliierten Rheinlandkommission verboten.

Der französische Ein- und Ausfuhrhandel.

Paris, 27. Juli. Die Einfuhr Frankreichs im ersten Halbjahr 1921 hat einen Wert von 10 407 438 000 Francs erreicht. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres belief sie sich auf 26 191 702 000 Francs. Der Rückgang ist in der Hauptsache auf eine Einschränkung des Bedarfs für die Industrie zurückzuführen. Die Ausfuhr betrug 10 799 856 000 Francs gegen 12 256 233 000 Francs im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Deutschfeindliche Ausfärbung in Rom.

Rom, 25. Juli. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ wurde einer der deutschen Abgeordneten für Südtirol, Neut Alois, beim Verlassen der Kammer von einer Person tödlich angegriffen. Der Kammerpräsident ließ der Fraktion der deutschen Abgeordneten sein Bedauern darüber aussprechen. Auch Ministerpräsident Bonomi sprach dem deutschen Abgeordneten sein Bedauern aus und versicherte, daß die Polizei Maßnahmen zum Schutz der Vertreter aller Nationen ergreifen werde.

Ein politischer Mord.

London, 27. Juli. Reuters meldet, daß der Führer der kürzlich in Konstantinopel eingetroffenen Handelsdelegation von Ferbeidjan, der ehemalige Innenminister Behud Dewarisch, beim Verlassen eines Theaters erschossen wurde. Der Täter wurde verhaftet. — Aserbeidschan ist eine Provinz Persiens. Die Beziehungen der Türken zu Persien werden natürlich von England zu unterdrücken gesucht, und so wird wohl

Amtliche Bekanntmachungen.

Fischerei.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle des unberechtigten Fischens. Die Polizeibehörden werden deshalb angewiesen, Verfehlungen nachdrücklich zu verfolgen und zur Anzeige zu bringen.

Calw, den 26. Juli 1921.

Oberamt: 653.

auch hier wie so vielmal im Weltkrieg der englische Sterling mitgewirkt haben.

Deutschland.

Die deutsch-amerikanischen

Friedensschlußverhandlungen.

Berlin, 27. Juli. Den Blättern zufolge sind die Besprechungen zwischen dem amerikanischen Geschäftsträger Dresel und dem Reichsminister Dr. Rosen über die Frage des deutsch-amerikanischen Friedensschlusses noch nicht abgeschlossen. Der Lokalzeitler teilt mit, daß sie einen befriedigenden Verlauf nehmen.

Empfang des neuernannten österreichischen Gesandten durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Juli. Der Reichspräsident hat heute den neuernannten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Oesterreich, Riedl, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rosen, zugegen.

Nation der sozialistischen Parteien für das hungarische Rußland.

Berlin, 27. Juli. Die Zentrale der K.P.D. hat an die Sozialdemokratische Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie eine gemeinsame Aktion der Sozialisten, der Sozialdemokraten, der Unabhängigen, der Kommunisten und der K.P.D. zu Gunsten des hungarischen Sowjetrußlands anregt. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich mit einer allgemeinen Hilfsaktion einverstanden erklärt und ist bereit, Delegierte in das zu bildende allgemeine Hilfskomitee zu entsenden. Der Vorstand erwartet, daß sich an der Hilfsaktion auch Kreise beteiligen, die außerhalb der genannten Verbände stehen.

Die Zukunft der deutschen Luftschiffahrt.

Die „Zidd. Ztg.“ berichtet über die Unterredung ihres Vertreters mit dem Leiter der DeLag, Dr. Cadenet, folgendes: England und Frankreich haben durch das Bau- und Flugverbot des Ultimatus verlohren, die deutsche Luftschiffahrt völlig zum Erliegen zu bringen. Eine Aufhebung dieses Verbots ist bisher noch nicht erfolgt, doch ist damit in nächster Zeit zu rechnen. Die Zeppelin-Gesellschaft glaubt auch zu wissen, daß der Oberste Rat sich für Erhaltung der großen Halle der Zeppelinwerke in Friedrichshafen ausgesprochen hat. Die DeLag hält sich für die Wiederaufnahme der deutschen Luftschiffahrt günstig, die im Einklang mit den allen Vätern für Erreichung einer internationalen Luftschiffahrt erfolgen soll. Es bestehe die Aussicht, für Amerika einen raschen Bau herzustellen zu müssen. Aus geographischen und meteorologischen Gründen sei Frankreich zu großen Luftverkehrsleistungen am besten geeignet. Die Fortentwicklung der Luftschiffahrt sei ohne die jahrelangen Erfahrungen Deutschlands nicht möglich. In nicht so ferner Zeit hoffe man auf eine neuer erfolgreiche Beteiligung der Friedrichshafener Zeppelinwerke.

Die Steuervorlagen.

Berlin, 26. Juli. Wie die Blätter hören, werden die neuen Steuervorlagen am 28. Juli im Reichskabinett durchberaten werden und darnach dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugehen.

Um die Grund- und Gewerbesteuer in Sachsen.

Berlin. Blättermeldungen aus Dresden zufolge sind die Grund- und die Gewerbesteuer in den Ausschüssen des sächsischen Landtags mit den Stimmen der Deutsch-Nationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Kommunisten abgelehnt worden. Finanzminister Held erklärte darauf, daß, wenn das Plenum auch die Vorlage ablehnen sollte, die Regierung zurücktreten und der Landtag aufgelöst werden würde. — Es handelt sich hier um dieselbe Frage wie auch in Württemberg, wo die Forderung der Regierung nach Erhöhung dieser Steuern im Finanzausschuß schon zu einer Krise geführt hat.

Rechtsstreit im Hause Hohenzollern.

Berlin, 27. Juli. Prinz Erik Friedrich hat nach dem Selbstmord des Prinzen Joachim dessen kleinen Sohn Karl Franz Josef zu sich genommen. Er verweigert der Witwe die Herausgabe ihres Kindes. Das Landgericht Potsdam hat jetzt entschieden, daß Prinz Erik Friedrich den Prinzen Karl Franz Josef binnen 4 Wochen herausgeben muß. In der Urteilsbegründung wurde erklärt, daß Hausgesetze der Hohenzollern nicht mehr in Anwendung zu bringen sind.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. Juli 1921.

Dienstnachricht.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Eisenbahningenieur Müller in Pforzheim aus dienstlichen Gründen mit seinem Einverständnis nach Calw versetzt.

Die Neuregelung der Angestelltenversicherung.

Am 5. Juli 1921 hat der Reichstag das Gesetz über Änderung des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte angenommen. Damit hat eine der wichtigsten Materien der sozialen Gesetzgebung wiederum eine Umgestaltung erfahren, die im Interesse der versicherten Angestellten und im Hinblick auf die Geldwertverwertung dringend notwendig war. Bisher war es nämlich einem großen Teil der Angestellten nicht möglich, als Pflichtversicherte an der Versicherung teilzunehmen, da die Grenze von 15 000 M sie von ihr ausschloß. Durch die Neuregelung ist nun die Höhe für die Versicherungspflicht, ent-

sprechend den gegenwärtigen Einkommensverhältnissen, herabgesetzt worden, um möglichst weite Schichten der Angestellten an den Vermögensleistungen des Gesetzes teilnehmen zu lassen und um den Renteneinzählern der Angestelltenversicherung durch Erhöhung der Renten zu helfen.

Das neue Gesetz bringt und zwar schon vom 1. Januar 1921 ab, für die Empfänger von Ruhegehalt oder Hinterbliebenenrente nach dem Versicherungsgezet für Angestellte bis auf weiteres eine monatlich im voraus zahlbare Beihilfe. Diese trägt für Empfänger von Ruhegehalt monatlich 70 M, für Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente monatlich 55 M und für Empfänger einer Waisenrente monatlich 30 M. Sie wird aus den Mitteln der Reichsversicherung für Angestellte gezahlt, ohne daß dafür irgendwelche Beitragszuschläge erhoben werden. Auch solche Angestellte, die auf Grund einer abgeschlossenen Lebensversicherung von der Verpflichtung zur eigenen Beitragsleistung befreit werden, erhalten sie zum vollen Betrag. Die Beihilfe fällt aber weg, wenn die Rente zum vollen Betrag ruht, oder wenn diesen Personen eine Beihilfe aus der Invalidenversicherung zusteht.

Wie oben dargelegt, ist durch das neue Gesetz die Grenze der Versicherungspflicht mit Wirkung vom 1. August 1921 auf 30 000 M erhöht worden. Es werden drei neue Gehalts- und Beitragsklassen gebildet, nämlich die Klassen: A von mehr als 5 000—10 000 M, B von mehr als 10 000—15 000 M, C von mehr als 15 000 M. Als Monatsbeitrag ist für die Gehaltsklasse A ein Beitrag von 32,20 M, für die Klasse B von 40 M und für die Klasse C von 48 M vorgesehen. Die Beiträge werden wie bisher zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen. In dem Gesetz ist nicht vorgesehen, daß die Neueversicherten, die bisher wegen ihres Jahresarbeitsverdienstes von mehr als 15 000 M versicherungsfrei waren, auf Antrag von der Verpflichtung zur eigenen Beitragsleistung befreit werden können, sofern sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bei öffentlichen oder privaten Lebensversicherungs-Unternehmungen einen Versicherungsvertrag abgeschlossen haben. Sie müssen also, solange nicht diese Doppelbelastung durch ein neues Gesetz beseitigt wird, neben ihrer Lebensversicherung auch den Beitrag für die Angestelltenversicherung zahlen.

Aus dem Finanzausschuß.

Stuttgart, 27. Juli. Der Finanzausschuß legte am Dienstagabend die Beratungen über den 7. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 1921 fort. Es handelt sich dabei um Nachträge aus der Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens, um die Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und um die Zuschläge zu Sporteln und Gerichtsstellen. Abg. Hiller (D.P.) stellte den Antrag, den von ihm eingebrachten Initiativ-Gesetzentwurf betr. die Gewerbesteuererhöhung noch in dieser Sitzungsperiode in Beratung zu nehmen. Dagegen wurden gefachtsordnungsmäßige Bedenken geltend gemacht, da der Antrag im Finanzausschuß beraten werden müsse. Der Finanzminister sprach aus, daß jetzt schon im Etat ein Mangel von 40 Millionen Mark vorliege, während die neuen Deduktionsvorlagen nur 11 Millionen einbrächten. Würde der Gesetzentwurf Hiller angenommen, so würde ein weiterer Mangel eintreten. Für dieses Etatsjahr sei eine Beratung nicht möglich. Ministerialrat Dr. Dehlinger erwiderte darauf hin, daß die Finanzämter außerstande wären, die durch den Gesetzentwurf Hiller bedingten Änderungen in Arbeit zu nehmen. Die allgemeine Revision der Gebäudetaxen würde gestört. Er könne die Versicherung abgeben, daß von der Regierung im Herbst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der alle diese Wünsche berücksichtige. Der Finanzausschuß beschloß darauf, den Gesetzentwurf Hiller nicht zu behandeln. Abg. Scheel (D.P.) erklärte für seine Fraktion, daß, wenn Bauernbündnis und Bürgerpartei die Deduktionsvorlagen des 7. Nachtrags ablehnen, daß die demokratische Partei dann nicht mehr in der Lage sei, für das Pfarrbesoldungsgezet zu stimmen. Abg. Kell (Soz.) wies darauf hin, daß wenn die Rechte des Gewerbetägers noch mehr erhöht hätte, eine so starke Belastung des Gewerbes nicht herbeigeführt worden wäre. Ein Redner des Bauernbündnis rechtfertigte die Haltung seiner Partei. Bei der Abstimmung werden die Forderungen für das Schulwesen (Schulgezet) im Gesamtbetrag von 28 Millionen M einstimmig genehmigt, dagegen die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuererhöhung, die 8,35 Millionen einbringen sollte, mit 7 Ja gegen 6 Enthaltungen und 4 Nein abgelehnt, die Erhöhung der Sporteln im Betrage von 65 000 M mit 15 Ja gegen 2 Nein angenommen. Die Zuschläge zu den Katastersteuern in Artikel 81 waren mit 5 Stimmen des Bauernbündnis und 5 Enthaltungen der soz. Parteien abgelehnt worden. Finanzminister Dießing erklärte: Die Regierung ist nicht in der Lage, neue Ausgaben zuzulassen, nachdem der Finanzausschuß die Zustimmung zur Deckung der Ausgaben verweigert hat. Die Regierung wird im Plenum ihre Haltung darlegen. Die Wohnbaugumlage zur Förderung des Wohnungsbauwesens mit 10 Millionen Mark wurde mit 12 Ja gegen 3 Nein und 2 Enthaltungen angenommen. Auch der Artikel 3, der die Steuererhöhung im einzelnen behandelt, wurde abgelehnt. — Dann wurde die zweite Lesung des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbauwesens vorgenommen und die Beschlüsse vom Vormittag nach einem Antrag Bock (Zl.) mit 9 gegen 8 Stimmen dahin abgeändert, daß die Wohnungszulagensteuer nur in solchen Gemeinden erhoben werden soll, die Zusatz zur staatlichen Wohnungszulage erheben. Ein 8. Nachtrag zum Etat, der 160 000 M für eine forstliche Versuchsanstalt in Tübingen fordert, wurde genehmigt. Die neue Anstalt hat den Zweck, das württembergische Versuchswesen auszubauen. — Am Mittwoch nachmittag nimmt der Landtag seine Vollsitzungen wieder auf. Nach dem vorliegenden Beratungsstoff scheint es ausgeschlossen, daß er vor Samstag damit zu Ende kommt.

Bedeutet der Not in Oberschlesien!

Wien, 26. Juli. ... (Text continues with various news snippets and commentary, including mentions of political events and social issues.)

Wirtt. Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister Abt. für Einzel Firmen wurde heute bei der Firma Heinrich Widmaler, Oberes Teinachtal Ode. Emberg eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Den 26. Juli 1921.

Obersekretär: Pfizenmaier.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Tauben

sind im Monat August eingesperrt zu halten. Der Feldschütz ist angewiesen, Tauben welche er antrifft, abzuschießen.
Calw, den 27. Juli 1921.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Bekanntmachung.

Der Verband gestattet auch heuer das

Dreschen mit Pauschalmotoren

für andere Leute aber nur in denjenigen Gemeinden, in welchen ein gewerblich. Dreschmotor nicht aufgestellt ist

Die Gebühr beträgt 20 Pfg. für eine Garbe und ist die Erlaubnis jeweils vom Ortsanwalter einzuholen; außerdem darf das Dreschen nur in der von der Ortspolizeibehörde vorgeschriebenen Zeit stattfinden.

Die Pauschalkraftabnehmer werden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jede Benutzung eines Pauschalmotors für fremde Zwecke ohne Genehmigung verboten ist und daß nach einem Beschluß unseres Verwaltungsrats jede Uebertretung als Stromentwendung angesehen und gerichtlich verfolgt werden muß.

Jeder Stromabnehmer sollte sich in seinem und im Interesse des Verbandes verpflichtet fühlen, solche Verfehlungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Station Teinach, 26. Juli 1921.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Teinach-Station (G. E. T.)

Slüdd. Del- und Fettwaren-Industrie Calw

Inh.: Wilhelm Haaf, Bierngasse 124
Telefonruf 115

- | | |
|-----------------------|-----------------|
| la. Maschinöl | la. Kernseife |
| in allen Viscositäten | " Seifenpulver |
| " Cylinderöl | " Schmierseifen |
| " Nähmaschinen-u. | " Leberfett |
| Zentrifugenöl | " Wagenfett |
| " Bodendöl | (Türkenfett) |
| " Treibriemenöl | " Säbhereme |
| | la. conj. |
| la. Salatöl | Maschinenfett |

Halte mich meinen Kunden auch weiterhin bestens empfohlen.

Habe im Auftrag zu verkaufen

20 rot angestrichene Wirtschaftsstühle, 4 hartholzene Tische 1,30 u. 1,40 Meter lang, 70 u. 80 cm breit, runde Gartentische, 20 Gartenstühle, 1 eisener Waschkessel 200 Liter haltend, 2 gute Holzkruppen 5 Meter lang.

Stadlinventarier Kolb.

Garben-Bänder

empfiehlt

Friedr. Holz, Handlg. Oberreichenbach.

Einen guterhaltenen

Zimmer-Boden

mit eisernem Fries verkauft.

Wer? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ferien-Aufenthalt

für 14jährige Schülerin gesucht. Angebote unter Preisangabe erbeten an

Albrecht Schmidt, Karlsruhe i. B. Klauprechtstraße 28.

Wegen Platzmangel ist eine polierte

Bettlade

mit Koff, und ein runder

Auszugs-Tisch

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Alfred Pfeiffer, Calw

Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

Portland-Zement
Leonberger Baugips
Schwarzkalk

Frish eingetroffen
Wasserstein-Garnituren
aus Zement und Terrazzo
Steinzeugröhren
Zementröhren

Schwemmsteine Gr. 10 12 25, 12 14 25, 14 16 25
Metersteine
Raminsteine
Falzziegel

Während der Sommermonate

geht jedes Geschäft flau, derjenige Geschäftsmann aber, der diese Flaute jetzt beheben will, erreicht dieses am besten durch

zielbewußte Zeitungsreflexe!

Gesucht für Offenbach a. M. tüchtiges, zuverlässiges
Mein-Mädchen,
das kochen kann bei hohem Lohn. Bewerberinnen mit guten Zeugnissen wollen sich vorstellen bei

Frau Sachs, z. St. Hotel „Post“, Bad Liebenzell.

In Jahresstelle wird von kleinerem, ersten Hotel im Schwarzwalde (Oberamtsstadt) tüchtiges

Hotel-Zimmermädchen gesucht.
Angebote unter E. 2. 171 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einen kräftigen

Jungen (Landwirt), der nebenbei das Metzgerhandwerk erlernen kann, zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter M. R. 172 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Lauffener Kartoffeln empfiehlt
Otto Jung.

Ein kräftiges
Mädchen

für Wirtschaft u. Metzgerei zu sofortigem Eintritt gesucht. Gebl. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter M. R. 172 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Lauf-Mädchen gesucht.
Kaffee- und Speisehaus Calw, Postgasse.

Ein fast neues, schwarzseidenes
Kleid

hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtiger
Langholz-Fuhrmann,
sowie jüngerer
Mann

für 2 kleine Pferde u. Kühe, der auch melken kann für sofort gesucht.
E. L. Wagner-Erntmühl, Fernspr. Amt Calw Nr. 48.

Verkaufe im Auftrag neuen blauen

Anzug.

Schühle, Schneidermeister, Badstraße.

Tafelklavier zu kaufen gesucht. Angebote m. Preis unter E. D. 165 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

300 Liter guten

M o s t

hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Werbe-Drucksachen

In vorbildlicher Anordnung und bester, vornehmer Ausstattung

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW
Lederstraße Nr. 151 — Fernsprech-Nummer 9

Himbeeren kauft
Christian Rüenzlen, Sulzbach a. d. Murr,
1. Wirtt. Fruchtsaftpresserei u. Obstkonserverfabr. m. Dampftrieb.
Verfandgefäße können gestellt werden.

Hirsau.
Freitag, den 29. ds. Mts., abends 8—10 Uhr (bei günstiger Witterung)
Konzert
in den Kuranlagen.
Ausgeführt von der
Stadtkapelle Calw.
Zum Schluß:
Besichtigung der Klostersruine.

Wilh. Wackenhuth, Calw
Milchseparatoren und Butterfässer

Tausende verwenden
Ruf's
Spezialitäten zur Herstellung eines guten Getränkes
Ruf's Heidelbeeren mit Zitaten
zu 50 Liter M. 21.50
" 100 " " 42.50
" 150 " " 63.75
Milch Süßstoff kosten die 100 Liter M. 6.— mehr.
Ruf's Kunstkostensaft mit Heidelbeer-Zusatz und Süßstoff
Flaschen z. 100 Ltr. M. 48.—
" 50 " " 23.—
Ruf's Kunstkostensaft mit Heidelbeer-Zusatz ohne Süßstoff
Flaschen z. 100 Ltr. M. 40.—
" 50 " " 20.—
Ruf's Kunstkostensaft mit Zitaten
Bakete zu 100 Ltr. M. 42.50
" 50 " " 21.50
Milch Süßstoff kosten diese Pakete M. 6.— mehr.
Niederlage:
Friedr. Lamparter, Calw

Calwer Lieberkraut
Heute Abend
Singsunde
Vollständiges
Erscheinens- und
bedingungslos
8.

Markenmehl la Gerstenmehl
garantiert rein, zum Kochen und Backen empfiehlt la weiße und im kleinen.
Otto Jung

Landwirte!
Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine (Spez. Krampf u. Rotlauf, z. Auszucht u. Erhaltung eines gesunden Viehbestandes gebraucht einzig und allein die nicht
Hirsch-Universal-Komposition.
Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

Pfannkuch & Co.
Preiswerte
Futtermittel:
Welschkorn ganz, gerissen und gemahlen
Gersten-Futtermehl
Weizen-Kleie

Für einen Beamten habe ich schönes, möbliertes
Zimmer,
monatlich in der Nähe des Bahnhofs.
Oberamtspleger Fechter

1 stelziger Hochgang
gut erhalten wegen Platzmangel gegen bar zu verkaufen.
Holzpermerung, Freudenstadt.

Schönes
Einzel-Stroh
(zum Füttern geeignet) von 3 Morgen Acker hat zu verkaufen.
Martin Schöner, Stationschaffner.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
3-4
junge Enten
zu kaufen gesucht.
Gebl. Angebote mit Preisangabe unter D. S. 172 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein schöner, wachsender
Begleithund,
Kreuzung Bernhardiner und Scholl ist zu verkaufen.
Hirsau, Schweinbachtal 68.

Die ober...
Eine offiziell über den pol...
Paris, 27. Juli.
lung, in der sie be...
König hat, die po...
legen oder auch unter...
Sommerregierung in...
gesprochene Vermutu...
ein etwaiges Eingre...
also auch England G...
den Gerüchte hätten...
jen Teil den Wider...
Verstärkung der fran...
rufen. Frankreich w...
fen ermöglicht sei.
Verbandsgruppen. C...
reher die von den...
auszuliefern und für...
Jone zusammenzuge...
die endgültige Teilu...
könnte auch der deu...
falls Deutschland sich...
schließen hinzureich...
am Rheine zu gehen...
Tagesordnung not...
ten sich die Vertreter...
Entscheidung von Be...
3 bis 4 Tagen an D...
genigen, um den D...
zu lassen. — Aus de...
reich dem englischen...
unter dem Druck A...
sere Auffassung best...
Deutschland verläßt...
leiten für sie sich e...
Vorerei keine fre...
Paris, 27. Juli.
teilt mit, in englisch...
sche Regierung vor d...
Truppen nach Ober...
von diesem Zeitpunkt...
noch 2-3 Tage abm...
bung des Obersten
Erneut
nach
Paris, 27. Juli.
Bent Briand erneu...
Weisungen erteilt, l...
dingte Notwendigke...
sen Truppen in O...
tin" mittels, soll G...
bedienen, welche die...
Wichtigste sei, daß A...
wären, in dem die...
liegen belanntgegebe...
können die französi...
Sie würden gezwun...
teilen, sich in gewiss...
— Was sie den pol...
her getan haben.
Frankreich will
London, 28. Juli.
Höher Quelle, der fra...
teilt, daß die franzö...
Sitzung des Obersten...
Verwendung nach Ober...
Gefährdung zur Kenn...
Paris, 27. Juli.
Unterredung mit d...
dem italienischen V...
Eine sp...
Madrid, 27. Juli.
in Oberstleuten: D...
Entscheidung aufzul...
men, daß für Polen